



EDITORIAL

Die Zusammenarbeit mit Afrika erfährt bereits seit geraumer Zeit erhöhte Aufmerksamkeit. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sowie der G8-Gipfel 2007 und der EU-Afrika-Gipfel in Lissabon haben mit dafür gesorgt, dass Afrika verstärkt auf der politischen Agenda in Europa sowie weltweit steht. Die Zusammenarbeit mit dem leider immer nur als Krisenkontinent wahrgenommenen Nachbarn soll „auf Augenhöhe“, soll in Form einer Partnerschaft durchgeführt werden. Partner nicht nur für, sondern vor allem mit Afrika für eine stabile wirtschaftliche und politische Entwicklung, für die Beendigung der Konflikte und vor allem für mehr Partizipation der Bevölkerung, dies ist der Wunsch aller Beteiligten.

Mit dem Ruf nach Partnerschaft und einer gleichberechtigten Zusammenarbeit war auch der Wunsch der afrikanischen Staatschefs und Eliten verbunden, selber stärker als Wegweiser der afrikanischen Entwicklung wahrgenommen zu werden. Das Wort „ownership“ prägte und prägt die Diskussion und ist sicherlich in dem Sinne richtig, dass wir keine Entwicklungen anstoßen oder in Gang setzen können, wenn sie nicht vor Ort mitgetragen werden. Wir müssen deshalb größtes Interesse daran haben, diese Partnerschaften zu etablieren.

Partnerschaft kann nur gelingen, wenn beide Seiten zu der daraus erwachsenden Verantwortung stehen, auch selber zu handeln und zu den selbst gesetzten Prinzipien zu stehen. Die Bestandsaufnahme fällt hier nüchtern aus: Die 2001 begründete „Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung“, mit der sich die afrikanischen Staatschefs selber zu den Grundlagen guter Regierungsführung und zur Rechtsstaatlichkeit verpflichtet haben, scheint angesichts der Entwicklungen dieses Jahr kaum mehr relevant. Die Afrikanische Union (AU) als entscheidendes Forum aller afrikanischen Staaten wie auch die subregionalen Integrationsprozesse gaben angesichts ihrer Unfähigkeit, eigene Krisen wie in Simbabwe lösen zu können, ein fragwürdiges Bild ab.

Kenia, lange Zeit ein Anker der Stabilität in Ostafrika, stürzte nach den Präsidentschaftswahlen im Dezember 2007 in wochenlange bürgerkriegsähnliche Zustände. Insbesondere die ethnische Komponente der gewalttamen Auseinandersetzungen sorgte für Besorgnis und demons-

trierte das afrikanische Pulverfass einer machtpolitischen Instrumentalisierung ethnischer Faktoren. Nach dem Scheitern der Verhandlungsbemühungen der Afrikanischen Union (AU) konnten eine politische Lösung und ein Modell der Machtteilung zwischen den Rivalen, Amtsinhaber Kibaki und Herausforderer Odinga, nur durch den ehemaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan erreicht werden.

Der Versuch, ein ähnliches Modell in Simbabwe zu etablieren, blieb erfolglos. Dort setzte sich die Oppositionspartei MDC mit ihrem Führer Morgan Tsvangirai in den Parlamentswahlen gegen ZANU-PF durch. Die notwendige Stichwahl in der Entscheidung um die Präsidentschaft wurde jedoch von Robert Mugabe alleine bestritten, da Herausforderer Tsvangirai nach Wochen gewaltsamer Aktionen gegen seine Anhänger aus Sicherheitsgründen nicht an der Wahl teilnahm. Alle Versuche der Vermittlung, insbesondere durch den ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki, scheiterten, wie bereits zuvor Südafrikas *silent diplomacy*. Simbabwe, einst die Kornkammer des Südlichen Afrika, stürzte weiter in eine politische und ökonomische Krise.

In Südafrika selbst sorgten Gewalt und Xenophobie in den Townships gegen afrikanische Immigranten international für Schlagzeilen. Auch der Rücktritt des amtierenden Präsidenten Thabo Mbeki im Kontext des Machtkampfes mit ANC-Präsident Jakob Zuma neun Monate vor den 2009 anstehenden Wahlen sowie eine erstmalige Abspaltung aus dem stets nach außen in geschlossener Front auftretenden ANC zeigen, dass selbst Südafrikas politische Stabilität auf tönernen Füßen steht.

Die fehlende Staatlichkeit am Horn von Afrika ist längst nicht mehr nur ein internes Problem Somalias. Die Kaperung von mehreren Frachtschiffen in der Region durch somalische Piraten unterstreicht den anarchischen Charakter in einem Teil Afrikas, der seit mehr als einem Jahrzehnt keinen Frieden gefunden hat. Ein versuchter Militärputsch im Tschad zu Beginn des Jahres, der mit französischer Hilfe verhindert werden konnte, sowie ein erfolgreicher Putsch in Mauretanien im August demonstrieren, dass der afrikanische Kontinent zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges längst wieder zum sicherheitspolitischen und nicht nur entwicklungspolitischen Problemfall geworden ist.

Die Transformation der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) in die Afrikanische Union (2001) erfolgte unter anderem mit der Intention, verstärkt afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme zu suchen und diese Kapazitäten auszubauen. Die Krise in Darfur und die Schwächen der AU-Mission AMIS im Sudan erforderten jedoch erneut ein Eingreifen der UN und die Umformung von AMIS in eine Hybridmission AU/UN (UNAMID). Doch auch die Kapazitäten der Vereinten Natio-

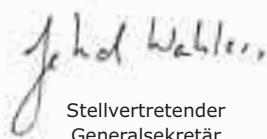
nen sind begrenzt und abhängig von dem, was die Mitgliedstaaten auf diplomatischer sowie auch militärlogistischer Ebene bereit sind einzubringen.

Der aktuelle Vormarsch der CNDP-Rebellen General Nkundas auf die Provinzhauptstadt Goma im Osten der Demokratischen Republik Kongo provozierte nicht nur eine der größten humanitären Krisen des Kontinents mit mehr als 220 000 Flüchtlingen innerhalb weniger Wochen. Er machte auch das Versagen der Staatsgewalt in Form von militärischer Kontrolle deutlich. Eine Armee, die vor Rebellen flüchtet und sich in Plünderungs- und Gewaltaktionen gegen die eigene Bevölkerung wendet, entblößt ein gefährliches Machtvakuum, das lediglich eine diplomatische und politische Lösung des Konfliktes erlaubt. Doch eine solche Lösung erfordert wie so oft eine profunde Analyse der Konfliktursachen. Im Falle der den Ostkongo durchziehenden Konflikte sind dies längst nicht nur ethnotribale Rivalitäten, sondern manifeste ökonomische Interessen, die im Zentrum der Auseinandersetzungen stehen.

Afrikas Ressourcenreichtum weckt Begehrlichkeiten nicht nur unter den internationalen Akteuren (insbesondere China). Nationale und regionale Eliten verfolgen materielle Eigeninteressen und konkurrieren – häufig unter Einsatz von Gewalt und zum Teil durch stellvertretende Akteure – um die Kontrolle von Einfluss- und Förderzonen.

Entwicklungspolitik auf dem afrikanischen Kontinent muss heute mehr denn je über Armutsbekämpfung hinausgehen und Komponenten präventiver Sicherheitspolitik (Früherkennung von Krisen und schnelle Reaktionsmöglichkeiten), Konfliktmediation sowie nachhaltige Instrumente zur Etablierung friedlicher und politisch stabiler Rahmenbedingungen umfassen. Entwicklungs- und Demokratisierungsprozesse ohne friedliches Umfeld bleiben stets fragil, rudimentär und ohne Nachhaltigkeit in ihrem Ansatz.

Die Herausforderungen, auf die der afrikanische Kontinent derzeit trifft, können die afrikanischen Staaten nur selber bewältigen, allenfalls können wir unterstützend und beratend zur Seite stehen. Das ist das Ziel der Partnerschaft mit Afrika. Das verlangt aber auch, dass die afrikanischen Staaten, allen voran ihre politischen und wirtschaftlichen Eliten, zu den von ihnen selbst gesetzten Grundlagen stehen und aufzeigen, dass sie es ernst meinen, die Möglichkeiten des „Chancenkontinents“ zu nutzen.



Jochen Wabers
Stellvertretender
Generalsekretär